

Zwei Jahre Straßenausbaubeitragsgesetz – Abzocke und Chaos

Antrag vom 20. Mai 2008 – CDU Drucksache 16/1460

Behandlung im Plenum vom 29. Mai 2008 Plenarprotokoll 16/30

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hillenberg! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Abgeordnete Otto das Wort. – Bitte sehr!

Andreas Otto (Grüne):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir machen hier heute offensichtlich die Pankower Runde. Das kann auch ganz interessant sein.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Nein, nachher komme ich noch!]

– Herr Doering will das noch aufbrechen, sagt er. Es ist sicher interessant darüber zu streiten, wer zuständig ist, und das würde ich auch gerne einmal machen. Wer haftet, wer bezahlt eigentlich für die Herrichtung von Infrastruktur, in diesem Fall von Straßen? Ist das der, der da wohnt? Ist es der, der vorbeifährt? Dann müsste man eine Art Maut erfinden. Oder sind das alle über die Steuer? Das ist eine interessante Debatte, die wir hier sicher einmal führen sollten. Im konkreten Fall geht es aber um das Straßenausbaubeitragsgesetz, und das nimmt im hohen Maße die Anwohner in Haftung. Die sollen bezahlen, wenn ihre Straße grundhaft erneuert wird, wenn Verbesserungen gegenüber einem bisherigen Zustand erreicht werden. Darum geht es.

[Zuruf von Jutta Matuschek (Linksfraktion)]

Zwei Jahre ist das Gesetz alt. Das ist ein kurzer Zeitraum für die Planung von Straßen, für die Baumaßnahmen, für die Abrechnung. Da ist noch nicht viel passiert. Es gibt noch nicht viele Erfahrungen damit. Aber nach zwei Jahren müsste die Verwaltung, insbesondere der Senat, uns sagen können, wie abgerechnet wird, wen es betrifft und auf welche Art und Weise die Bezirksämter arbeiten sollen, wenn es bis heute keine Ausführungsvorschriften gibt.

[Zuruf von Ralf Hillenberg (SPD)]

Das ist das Problem, dass es ein großes Durcheinander gibt, das war schon in den Beratungen beim Entstehen des Gesetzes der Fall, wie man in den Protokollen nachlesen kann. Es ist immer noch der Fall, weil der Senat den Bezirken nicht richtig sagen kann, was gilt und was nicht.

[Ralf Hillenberg (SPD) meldet sich für eine Zwischenfrage.]

Herr Hillenberg hat das hier eindrucksvoll personifiziert, indem er den Fall berichtet hat, dass er selbst Versprechungen im Wahlkampf gemacht habe, die dann zurücknehmen musste. Jetzt fühlt er sich durch ein Gerichtsurteil wieder bestätigt. Sie können schon daran erkennen, dass die Koalition hier in Schwierigkeiten ist. Es ist ein ziemlich großes Kuddelmuddel. – Da meldet sich ein Kollege, Frau Präsidentin! Wollen wir da irgendetwas machen?

[Heiterkeit und Beifall bei den Grünen]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Wir sind gerade dabei, Sie zu fragen, ob Sie es gestatten, dass Sie Herr Hillenberg mit einer

Zwischenfrage stören darf.

[Zuruf von der CDU: Nicht schon wieder Hillenberg!]

Andreas Otto (Grüne):

Ja, natürlich. Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki: Bitte sehr, Herr Hillenberg!

Ralf Hillenberg (SPD):

Herr Otto! Eine Frage, jetzt gebe ich Ihnen eine Steilvorlage: Warum macht Ihr Stadtrat Kirchner in Pankow eine hervorragende Arbeit, soweit ich weiß, die beste in Berlin,

[Beifall bei den Grünen]

und führt in hervorragender Art und Weise Bürgerversammlungen durch, spricht mit den Leuten, diskutiert mit seiner Verwaltung, warum nur er und nicht auch die vielen anderen Stadträte von der CDU? Vielleicht können Sie mir das beantworten.

Andreas Otto (Grüne):

Das machen nicht nur die von der CDU nicht, Herr Hillenberg, sondern leider auch die von der SPD nicht. Das macht ein bündnisgrüner Stadtrat, weil er seine Aufgabe sehr ernst nimmt und weil er von einer BVV und der Bevölkerung in seinem Bezirk dazu aufgefordert wird.

[Jutta Matuschek (Linksfraktion): Und der Politik!]

Da gibt es Leute, die sagen, bei uns in der Straße muss etwas passieren, wir wollen das. Dann geht er hin und macht eine Bürgerbeteiligung und diskutiert mit den Bürgern. Das ist etwas anders, als es Herr Stadtkewitz vorhin erklären wollte. Da wird diskutiert. Da werden Alternativen besprochen. Da wird auch das eine oder andere, das die Leute im Amt machen wollen, zurückgenommen. Da wird weniger gemacht, da wird sparsam gebaut. Das ist, glaube ich, eine gute Sache.

[Ralf Hillenberg (SPD): Aber man braucht keine Vorschrift!]

Wenn Herr Hillenberg das hier erwähnt, ist das ein Dokument dafür, dass er das selbst so erfahren hat.

[Beifall bei den Grünen]

Ich wollte aber auf die Schwierigkeiten zu sprechen kommen, Herr Hillenberg. Sie haben uns hier bei der letzten Debatte im Juli 2007 gesagt: Ich gebe zu, dass ich eine Falschaussage gemacht habe. Dafür habe ich mich entschuldigt. Diejenigen, die maßgeblich an dem Gesetz mitgewirkt haben, haben, Herr Dr. Nelken, Herr Radebold und ich, wurden aber von der Verwaltung hinters Licht geführt. Sie wurden hinters Licht geführt. Vorhin haben Sie gesagt, dass Sie auch schon 1995 von Herrn Nagel übertölpelt fühlten. Da ist einiges passiert. Jetzt schauen Sie sich die Schreiben an, die der Senat an die Bezirke schickt. Er bezieht sich in den Rundschreiben gerade auf das, was Herr Radebold hier im Plenum einmal gesagt hat. Der Senat ist also nach zwei Jahren immer noch nicht in der Lage, eigene Ausführungsvorschriften zu machen, den Bezirken ganz klar zu sagen, worum es geht. Er schickt Rundschreiben mit Zitaten einer Abgeordnetenhausdebatte. Ich muss sagen, da habe ich von der Verwaltung des Senats von Berlin mehr erwartet.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Wir sind sehr dafür, dass, wie im Antrag vorgeschlagen, ein Bericht gemacht wird. Wir sind auch sehr dafür, das im Ausschuss zu diskutieren. Unsere Fraktion wird eine Anhörung beantragen. Herr Hillenberg, ich habe das so verstanden, dass Sie auch Herrn Kirchner dort sehen wollten. Wir werden die Stadträte einladen, jene aus den Bezirken, in denen viel passiert, aber auch aus Bezirken, in denen bisher wenig oder gar nichts passiert. Dann werden wir uns das anhören und müssen als Parlament in die Debatte treten und dem Senat sagen, was zu ändern ist, was man besser machen kann. Darauf freue ich mich jetzt schon. – Danke!

[Beifall bei den Grünen]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter! – Herr Hillenberg hat das Wort zu einer Kurzintervention!

Ralf Hillenberg (SPD):

Herr Otto, weil Sie mich persönlich angesprochen haben: Dass Nagel mich hinters Licht geführt habe, das ist völlig zutreffend, weil wir das Erschließungsrecht nicht einführen sollten, sondern ein Straßenausbaubeitragsgesetz hätten machen sollen. Hier habe ich voriges Jahr erklärt, dass ich eine Falschaussage gemacht habe, weil wir von der Verwaltung hinters Licht geführt wurden. Das war vom damaligen Zeitpunkt her auch okay. Es gab ein Urteil, dass Erschließungsbeiträge rechtens waren. Heute gibt es zum Glück ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin, wo genau die Aussagen von Radebold und Hillenberg als das vom Gesetzgeber Gewollte zitiert werden. Wir wussten, dass Berlin mit dem Inkrafttreten des einen Gesetzes und dem Außerkrafttreten des anderen Gesetzes Einnahmeverluste haben wird. Das war gewollt. Das ist der entscheidende Punkt. Dennoch hat der Bezirk Pankow – im Übrigen ein CDU-Stadtrat – nichts Eiligeres zu tun gehabt, als schnell für die Streckfußstraße Bescheide zu erlassen, die jetzt wieder zurückgezogen werden müssen, weil das Gericht – zum Glück gibt es hier Recht – den Willen des Gesetzgebers genau befolgt hat. Noch eines zu Ihrer Seite: Sie waren es, die damals einen Änderungsantrag gestellt und gefordert haben, eine zweijährige Übergangsfrist zu schaffen, damit die Bezirke die Möglichkeit hätten, die Erschließungsbeiträge noch schön abzugrasen. Das genau haben wir nicht gemacht. Wir haben gesagt, es gibt keine Übergangsfrist. Das hat das Gericht akzeptiert, dass das der Wille des Gesetzgebers und des rot-roten Senats war. Dazu stehen wir auch. – Schönen Dank!

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Hillenberg! – Herr Otto möchte erwidern und hat dazu die Gelegenheit. – Bitte sehr!

Andreas Otto (Grüne):

Lieber Herr Hillenberg! Sicher ist es richtig, dass sich ein Gericht mit der Genese eines Gesetzes befasst. Das machen Gerichte, das ist deren Aufgabe. Aber Sie werden mir sicher zustimmen: Es ist eigentlich Aufgabe des Senats, dafür zu sorgen, dass Gesetze umgesetzt werden, dass in allen Bezirken gleiche Bedingungen sind, dass jeder weiß, woran er ist. Das ist Aufgabe des Senats. Das ist seit zwei Jahren nicht geschehen. Deshalb brauchen wir jetzt diesen Bericht und diese Anhörung, damit wir endlich etwas Licht in das Dunkel bringen. – Danke!

[Beifall bei den Grünen]